



Pressemitteilung

3. Mai 2021
Seite 1 von 2

14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik eröffnet

Staatsekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Anne Katrin Bohle, hat heute gemeinsam mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet den 14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik eröffnet. Der Bundeskongress findet in diesem Jahr digital statt und wird am 3. und 4. Mai 2021 live aus der Flora in Köln übertragen. Rund 3.000 Interessierte aus dem In- und Ausland haben sich angemeldet, um am Austausch über aktuelle Themen der Stadtentwicklung und des Städtebaus teilzunehmen.

Der Kongress ist das wichtigste Forum der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und wird gemeinsam von den Partnern der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund – ausgerichtet. Deutschland blickt 2021 auf 50 Jahre Städtebauförderung zurück. Das Jubiläum ist Anlass für eine Rückschau auf die vielfältigen Erfolge und Entwicklungen im Städtebau und zugleich Anstoß für eine Diskussion über den Umgang mit den aktuellen Aufgaben und Herausforderungen die sich durch Corona-Pandemie, Klimawandel und Digitalisierung ergeben. Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde zudem das Memorandum „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt“ erarbeitet, das morgen auf dem Kongress vorgestellt und verabschiedet wird.

Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat Anne Katrin Bohle: *„Seit 50 Jahren unterstützen wir unsere Kommunen mit der Städtebauförderung. Die Problemlagen haben sich in dieser Zeit gewandelt – und die Städtebauförderung mit ihnen. Heute begleiten wir die Städte auf dem Weg hin zu Smart Cities und suchen gemeinsam nach Lösungen, wie wir die Corona-Pandemie überwinden können. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, damit sich unsere Städte auch für kommende Herausforderungen wappnen.“*

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Stellvertretende Vorsitzende der Bauministerkonferenz der Länder und Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung: *„Bund, Länder und Kommunen haben die gemeinsame Aufgabe, Städte und Gemeinden als zukunftsfähige Lebens- und Arbeitsorte für alle zu gestalten. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik und seit nunmehr 50 Jahren die Städtebauförderung bieten hierfür den geeigneten Rahmen und das geeignete Instrument. Die*

Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Tel. +49 30 18 681-
11022

11023

11089

presse@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Verantwortlich:
Steve Alter

Redaktion:

Programme der Städtebauförderung tragen nicht nur wesentlich zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen des zukunftsorientierten Wohnens und Arbeitens bei. Gleiches gilt für den Klimaschutz, die Sicherung der Infrastruktur, die Digitalisierung, den Erhalt lebendiger Stadt- und Ortszentren und die Integration. Die Bandbreite dieser Themen ist in Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal umfangreicher geworden. Die Länder werden sich auch weiterhin für die Sicherung, praxisgerechte Weiterentwicklung und langfristige Verstetigung der Städtebauförderung auf hohem Niveau einsetzen.“

Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig: *„Seit 50 Jahren ist die Städtebauförderung zentrales Instrument, um Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten zu verbessern, aber auch Wirtschafts- und Siedlungsstruktur. Das Erfolgsrezept der Städtebauförderung über 50 Jahre hinweg war stets, positive soziale, bauliche und wirtschaftliche Wirkung zu entfalten. Viele Herausforderungen konnten vor Ort angegangen werden. Und es ist immer wieder gelungen, auch städtebauliche Missstände zu beseitigen. Infolge der Corona-Pandemie stehen die Städte und damit auch die Städtebauförderung vor neuen Herausforderungen. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, den Wandel der Innenstädte zu gestalten. Mit mehr Wohnen, Leben, Arbeiten, Kultur, Handel, Sport und öffentlichen Einrichtungen wollen wir mehr Vielfalt in die Innenstädte bringen. Die Städtebauförderung muss diesen Wandel leistungsfähig unterstützen. Dafür brauchen wir Konstanz der Förderung und Flexibilität beim Mitteleinsatz. Und es muss weiter darum gehen, Bürokratie abzubauen.“*

Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm: *„Städte und Gemeinden sind Schlüsselakteure für ein gutes Zusammenleben vor Ort. Ob Klimafolgenanpassung, Digitalisierung, Stabilisierung unserer Innenstädte und Ortskerne oder auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums: Es sind kommunale Konzepte und praxisgerechte Lösungsansätze gefragt! Ohne starke Städte und Gemeinden werden wir die zukünftigen Herausforderungen aber nicht bewältigen. Daher ist es wichtig, das seit 50 Jahren bewährte Instrument der Städtebauförderung langfristig auf einem hohen Niveau zu verstetigen. Die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen bleibt eines der wichtigsten Instrumente zur strukturellen Stärkung unserer Städte und Gemeinden und damit Garant für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik“.*

Mehr Informationen zum Kongress und den Zielen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unter: www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de.